

**Politiker,
die wir (nicht) brauchen!**

**Gründe und Anregungen für den
dringend benötigten neuen Politikstil**

... bevor Sie drucken, überlegen Sie bitte, ob es für die Umwelt nicht auch am Bildschirm zu lesen wäre...

Inhaltsangabe:

1. Ziele des Beitrags	3
2. Praxisbeispiel: Haushaltskonsolidierung in Schleswig-Holstein	4
Basta Politik statt Bündelung aller Kräfte?!	4
Geheimniskrämerei & Schlacht der Argumente statt Kommunikation?!	6
Bierdeckel-Formate statt Analysen?!	6
Vernetztes Denken & Transparenz nicht erwünscht?!	7
Mut für unbequeme Entscheidungen statt Populismus?!	10
Aufrichtigkeit statt Rhetorik?!	13
3. Der neue Politikstil	14

1. Ziele des Beitrags

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind“. Albert Einstein soll dies über die Weltwirtschaftskrise von 1929 gesagt haben. Mit Blick auf die vielfältigen Probleme unserer Gesellschaft (Energie- und Umweltpolitik, Entwicklungspolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik etc.) und der nach wie vor aktuellen Finanzkrise müssten wir erkennen, dass diese Erkenntnis noch heute gültig ist. Und obwohl wir uns Wissensgesellschaft nennen und wir über viele Informationen verfügen, scheinen wir nicht zu erkennen, dass WIR ein wichtiger Bestandteil der Problemlagen sind. Wir bekämpfen zwar unermüdlich die Symptome unserer Probleme, verschließen jedoch gleichzeitig die Augen vor den wahren Ursachen und verschieben die ganzheitliche Problemlösung ständig auf die Zukunft und verschlimmern dadurch die Probleme weiter und weiter.

„Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ zitiert Björn Engholm (Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein a.D.) Immanuel Kant im Hinblick auf die in den folgenden Abschnitten beschriebenen politischen Entscheidungsprozesse in Schleswig-Holstein (Eine Stadt sieht Gelb – Wie Lübeck seine Uni rettet – Die Chronik, Julia Offe, 2011, <http://www.eine-stadt-sieht-gelb.de>), die auch den Anstoß für diesen Artikel gaben. Den Verstand zu bedienen, um *„mit seiner Hilfe Dinge zu erfassen, zu beurteilen und größere Zusammenhänge, Kausalketten, zu erkennen und deren Bedeutung entsprechend zu handeln.“* Als Rat für norddeutsche Regierende brachte Björn Engholm es auf Althochdeutsch auf die einfache Formel: *„FARSTAN – verstehen, begreifen, durchschauen. Und dann so handeln, dass durch die Wirkung des Handels nichts zerstört wird“.*

Dieser Forderung nach „Vernetztem Denken“ möchte ich mich uneingeschränkt anschließen.

Den endgültigen Entschluss, diesen Beitrag zu schreiben, fasste ich jedoch erst nach Veröffentlichung der Ergebnisse der Studie „Die Ängste der Deutschen 2011“ der R+V-Versicherung. Hiernach hatten 73 Prozent der in Schleswig-Holstein und Hamburg Befragten erklärt, Angst davor zu haben, dass die Politiker von ihren Aufgaben überfordert sind. Diese Schlechten Noten für unsere Mandatsträger im Norden kamen für mich weniger überraschend (das nachfolgende Praxisbeispiel wird dies auch noch begründen). Alarmierend fand ich jedoch den anschließenden Umgang unserer Mandatsträger mit den Ergebnissen. Anstatt sich mit diesem eindeutigen Warnsignal ehrlich auseinanderzusetzen, wehrte sich insbesondere die FDP-Fraktion im Landtag gegen die Studie und wies diese als nicht sehr aussagekräftig und seriös zurück. Der CDU-Landtagspräsident erklärte zudem, die Politik sei viel besser, werde nur schlecht vermarktet. Diese fehlende Einsicht und Selbst-Reflexion brachte für mich das Fass endgültig zum Überlaufen. Als wäre der Politikverdross und Vertrauensverlust nicht auch so schon offensichtlich genug und als hätten wir nicht gerade selbst hautnah miterleben dürfen, wie gut Politik im Land tatsächlich funktioniert.

Mit diesem Beitrag möchte ich deutlich machen, dass ein neuer Politikstil dringend benötigt wird. Ich werde jedoch nicht nur die Gründe dafür benennen, sondern auch Anregungen für den dringend benötigten neuen Politikstil geben. Starten möchte ich mit einem Praxisbeispiel. Hierbei werde ich bestehende Missstände deutlich, konkret und auch bewusst emotional ansprechen, um meine Kritik zu verdeutlichen und die Leser für ein Umdenken zu sensibilisieren. Es dient ausdrücklich nicht dazu, bestimmte Personen bzw. Personengruppe oder Parteien zu diffamieren bzw. bloßzustellen. Dies ist nicht meine Absicht. Daher werde ich nur dann Ross und Reiter benennen, wenn ich Bezug auf öffentliche Diskussionen oder öffentliche Stellungnahmen der betroffenen Personen nehme.

Da ich eine öffentliche Diskussion anregen möchte, freue ich mich über Ihre Beiträge in unserem Forum (<http://www.modeler-forum.com>) unter der Rubrik „Beispiele, Anwendungsfelder“ und dann unter „Wirtschaftsentwicklung und Politik“, die ich dann auch gerne kommentieren werde. Ich freue mich auf die Diskussion und wünsche Ihnen nun viel Spaß beim Schmökern.

2. Praxisbeispiel: Haushaltskonsolidierung in Schleswig-Holstein

Warum dieses Beispiel?

Beispiele für Politiker, die wir (nicht) brauchen, gibt es sicherlich genügend. Man muss lediglich die Tageszeitung aufschlagen und findet ähnliche Abläufe wie in diesem Beispiel skizziert. Ich habe mich jedoch ganz bewusst für das Thema „Haushaltskonsolidierung in Schleswig-Holstein“ entschieden, da zum einen die Abläufe sehr gut dokumentiert sind und zum anderen der gesamte Entscheidungsprozess fast alle Punkte beinhaltet, die ich kritisiere. Natürlich hätte man auch „Stuttgart 21“ oder die Atompolitik auf Bundesebene nehmen können, aber hierzu wurde bereits viel geschrieben und die Entscheidungsprozesse sind zudem noch nicht ganz abgeschlossen. Anders sieht es bei meinem Beispiel aus Schleswig-Holstein aus. Hier droht eher der endgültige Abschluss des Themas, ohne den gesamten Entscheidungsprozess vorher nochmals reflektiert zu haben. Eine gute Möglichkeit, aus Fehlern zu lernen und die eigene Vorgehens- und Denkweise zu hinterfragen, wird erneut vertan. Dieser Beitrag soll dies vermeiden und eine gemeinsame Reflexion/Diskussion anregen. Hierbei stelle ich das Vorgehen so dar, wie ich es direkt erlebt habe – und ausdrücklich nicht, wie es sich tatsächlich zugetragen hat. Für letzteres fehlen mir sicherlich viele Insider-Informationen. Aus diesem Grunde fokussiere ich mich auf das Erlebte und auf das, was in der hiesigen Presse oder von den direkt Betroffenen (z.B. „Lübeck kämpft“ unter <http://www.luebeck-kaempft.de> oder „Eine Stadt sieht Gelb“ – die Chronik: siehe oben) veröffentlicht wurde.

Und hierum geht es

Aufgrund der durch die Finanzkrise verursachten Rekordverschuldung für die Konjunkturpakete einigten sich Bund und Länder Ende 2009 auf eine im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. Sie erlaubt den Ländern vom Jahr 2020 an keine neuen Schulden mehr und verpflichtet sie, das strukturelle Finanzierungsdefizit des Jahres 2010 (Ausgangswert) in jährlichen Schritten von zehn Prozent abzubauen. Damit sie die Schuldenbremse einhalten und die Neuverschuldung noch weiter und schneller absenken können, erhalten hochverschuldete Bundesländer wie Schleswig-Holstein für den Zeitraum 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen vom Bund und der Ländergemeinschaft. Von den insgesamt 800 Millionen Euro jährlich entfallen auf Schleswig-Holstein ca. 80 Millionen Euro.

Um das Geld aus dem Bundeshaushalt zu erhalten, müssen die Länder ihre Finanzierungsdefizite bis zum Jahresende 2020 vollständig abbauen. Um Haushaltskrisen zukünftig rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern, soll außerdem ein Frühwarnsystem eingeführt werden. Dazu wird ein Bund-Länder-Gremium als Stabilitätsrat gebildet. Es soll den Umgang mit dem Haushalt kontrollieren. Verstößt ein Land gegen die Auflagen können ihm die Konsolidierungshilfen für den Rest des Förderungszeitraumes gestrichen werden. Schleswig-Holstein (nachfolgend SH genannt) stand also vor der großen Herausforderung, ein Sparkonzept zu entwickeln und umzusetzen. Dabei wollte die durch FDP und CDU geführte Landesregierung eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen. Wie erfolgreich sie dies betrieb, wird im Folgenden beschrieben.

Basta Politik statt Bündelung aller Kräfte?!

Die Finanzkrise hat es möglich gemacht: alle Bürger waren sensibilisiert für die prekäre Situation. Ein „weiter so“ konnte es nicht geben. Die Bereitschaft an der großen Aufgabe mitzuwirken, um die Finanzkrise zu überwinden, war gefühlt so stark wie lange nicht mehr. Und spätestens nachdem die ersten Staaten wie Griechenland wankten, hörten das Verteilungsdenken zumindest bei den Bürgern auf: jeder war dazu bereit, den Gürtel enger zu schnallen, um eine Überschuldung des eigenen Staates zu vermeiden – es sollte dabei lediglich gerecht zu gehen, so die weit verbreitete Einstellung.

Eine große Chance für die Landesregierung SH, die leider ungenutzt blieb.

Die Bevölkerung, die gesellschaftlichen Interessensgruppen und die von der Sparpolitik betroffenen Einrichtungen wurden offensichtlich weder in den Entscheidungsprozess

eingebunden noch ausreichend darüber informiert. Stattdessen wurde eine Task Force – in diesem Falle eine Haushaltsstrukturkommission – einberufen, die innerhalb von wenigen Monaten ein erstes Konzept entwickelte. Entwickelt wurde das Konzept von einigen wenigen, ausgewählten Mitgliedern der Landtagsfraktionen der Regierung unterstützt von einem Vertreter des Landesrechnungshofes unter strikter Geheimhaltung.

Über die Beweggründe für diese Vorgehensweise kann nur gemutmaßt werden. Sicherlich sah man sich vor der Herausforderung, viele unbequeme und unpopuläre Entscheidungen treffen zu müssen, die möglichst schnell im Parlament verabschiedet werden sollten, bevor sich Widerstand formieren konnte.

Diese Vorgehensweise schlug jedoch fehl. Die Stimmung im Land schlug durch die ausgrenzende Politik schlagartig um. Jeder befürchtete, einseitig und zudem über Gebühr belastet zu werden. Es wurde wild in der Presse spekuliert, die Verunsicherung in der Bevölkerung wuchs stetig mit der Folge, dass jeder einen eigenen Schutzwall aufbaute, Lobby-Arbeit betrieb und Widerstand formierte. Dieser Stimmungswandel wurde durch Indiskretionen aus der Haushaltsstrukturkommission weiter genährt: durch eine Verbreitung von Informationsfetzen und Halbwahrheiten. Dies geschah angeblich zum Teil gezielt, um eine Eskalation zu bewirken, wie sich später herausstellen sollte. So sickerte zum Beispiel die Schließung der Universität zu Lübeck als Sparmaßnahme durch.

Darauf formierte sich ein beispielloser Widerstand aus der betroffenen Region, der später sogar mit dem Politik-Award ausgezeichnet wurde. Dieser Widerstand (gut dokumentiert unter: www.luebeck-kaempft.de) ließ alte Gräben zwischen den konkurrierenden Hauptregionen im Lande – Kiel und Lübeck – aufbrechen. Statt miteinander zu guten Lösungen zu kommen, brach ein offener Konflikt aus. Einige Kieler unterstützten öffentlich die geplante Sparmaßnahme, da sie einseitig zu Lasten der konkurrierenden Region ging. Selbst schadlos zu bleiben, keine eigenen Opfer bringen zu müssen und gestärkt aus der Situation zu gehen, so könnte das Kalkül einiger Kieler gelautet haben. Die betroffenen Regionen und Entscheidungsträger bekämpften sich auf offener Bühne – Lübeck gegen Kiel und jeder gegen jeden. Sogar Kommunalpolitiker aus den eigenen Reihen stellten sich gegen die Landesregierung. Diese Chance nutzte die Opposition und trommelte von außen auf die Streitenden ein. Die Eskalation war kaum noch zu toppen: es wurde nur noch unsachlich argumentiert, gezielt polarisiert und gnadenlos gegen einander gekämpft – so die Wahrnehmung vieler.

Warum all dies sein musste, wird uns Herr Kubicki – Fraktionsvorsitzender der FDP in SH und Mitglied der Haushaltsstrukturkommission – später noch erklären. Die Auswirkungen der Vorgehensweise waren jedoch unübersehbar: das Image des Bundeslandes als Wissenschaftsstandort wurde mehr als ramponiert. Der mühselige Aufbau der Universität, der in den vergangenen Jahrzehnten beträchtliche Investitionen u.a. durch das Land SH erforderte, wurde mit einem Handstreich in Frage gestellt. Und obwohl die harte Arbeit der vergangenen Jahrzehnte bereits erste Früchte trug (die Lübecker Universität wurde im bundesweiten Ranking wiederholt mit vorderen Plätzen belohnt) wurde die Region, die sich zudem zu der Zeit auf die Bewerbung als Stadt der Wissenschaft vorbereitete, in ein schlechtes Licht gerückt. Die Standortpolitik der Region und somit das (ehrenamtliche) Engagement vieler Bürger und Institutionen in der Region schien vorsätzlich mit den Füßen getreten worden zu sein! Professoren und Unternehmen drohten mit Abwanderung, eine Forschungseinrichtung schaltete gar eine Anzeige in einer überregionalen Tageszeitung, um einen neuen Standort für das Institut zu finden. Zudem wurde offen darüber diskutiert, ob die geplante Einrichtung eines Fraunhofer-Institutes in Lübeck aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen noch möglich sei – für Lübeck standen viele Arbeitsplätze damit auf dem Spiel. Lübeck – aber auch SH – wurde über Nacht zu einer Region, in der Bildung und Wissenschaft nichts mehr zu bedeuten schien; verursacht durch eine fragwürdige, für viele als Basta-Politik wahrgenommene Vorgehensweise der Landesregierung.

Die Vorkommnisse weisen übrigens deutliche Parallelen mit dem Bahnprojekt „Stuttgart 21“ auf. Auch dort wurden die Entscheidungsprozesse scharf kritisiert. In Deutschland sei die Zeit für „Basta-Entscheidungen“ vorbei, so der Schlichter Heiner Geißler. Staatliche Entscheidungen bei solch gravierenden Projekten ohne Einbindung der Bürger gehören dem vorherigen Jahrhundert an, so der frühere CDU-Generalsekretär und Bundesgesundheitsminister.

Geheimniskrämerei & Schlacht der Argumente statt Kommunikation?!

Der Erfolg eines jeden Veränderungsprojektes hängt von der Kommunikation der Gründe für die notwendige Veränderung, der angestrebten Ziele, der Vor-/Nachteile und der Inhalte der geplanten Maßnahmen und der späteren Ergebnisse ab. Allgemein gilt: je besser die Kommunikation desto reibungsloser und erfolgreicher verlaufen die Veränderungsprozesse. Dabei sollte alles offengelegt werden – Transparenz als Schlüssel zum Erfolg. Transparenz schafft Glaubwürdigkeit, Verständnis, Erkenntnisse und Vertrauen bei den Betroffenen.

Anscheinend sah die Landesregierung eine andere Vorgehensweise vor. Es wurde verheimlicht, verschleiert und Informationen wurden nur scheinbar herausgegeben. Möglicherweise sahen sich viele Politiker dabei in der Zwickmühle. Zum einen durften sie nichts verraten, andererseits mussten sie auf wilde Spekulationen reagieren.

Nun stellen wir uns mal vor, wir wären in dieser Situation Wirtschaftsminister und würden von allen Seiten – von den betroffenen Institutionen und den eigenen Parteimitgliedern aus der Region, von den Medien etc. – permanent bedrängt werden, Stellung zu beziehen zu der Spekulation bzgl. der geplanten Schließung der Universität zu Lübeck oder Teile davon. Wie hätten wir reagiert? Zu den Inhalten dürfen wir uns offiziell nicht äußern, andererseits dürfen wir es aber auch nicht unkommentiert lassen, da dies als Bestätigung des Sachverhaltes interpretiert werden könnte. Ein schöner Schlamassel. Also beschwichtigten wir, indem wir vorerst alles abstreiten und darauf verweisen, dass die Kommissionsarbeit ja noch laufe und hierbei alle Möglichkeiten grundsätzlich diskutiert werden, aber noch nichts Konkretes entschieden sei. So oder so ähnlich wird es doch tagein tagaus gehandhabt, oder?

Nur dumm, wenn uns dann jemand aus der Kommission vorsätzlich oder fahrlässig in die Parade fährt, indem er den aktuellen Diskussionsstand veröffentlicht. Dann stehen wir schnell als Lügner und Feindbild Nr. 1 der betroffenen Region dar und die Rücktrittsforderungen werden nicht mehr zu überhören sein. Ab jetzt werden wir nicht mehr nur für die gewünschten Reformen kämpfen müssen, sondern auch um unser politisches Überleben. So oder so ähnlich ist es auch in unserem Beispiel geschehen. Der Wirtschaftsminister wurde als Lügner beschimpft und sogar im Rahmen einer Demonstration angeblich von Studenten handgreiflich angegangen, so dass er stürzte. Die Eskalation nahm nicht vorstellbare Dimensionen an.

Aber woher kamen die Informationen aus der Kommission? Wer hat „der Gegenseite“ (es ist schon bemerkenswert, diesen Ausdruck verwenden zu müssen) die vertraulichen Informationen zukommen lassen? Und nun beginnt Kubickis spätere Darstellung einer taktischen Inszenierung an Glaubwürdigkeit zu steigen. Nach Aussage des Asta (Allgemeiner Studierendenausschuss – siehe Chronik unter www.eine-stadt-sieht-gelb.de) hatte jemand aus den Reihen der FDP (ich verzichte hier bewusst auf die Benennung der Person!) das 4-seitige Papier mit der Risikoabschätzung den Lübecker Studenten zukommen lassen!

Bierdeckel-Formate statt Analysen?!

Nun kommen wir zu der Entscheidungsgrundlage, die angeblich verwendet wurde.

Wenn es um nichts Geringeres geht als um die Zukunft unseres Landes, sollte dann nicht die bestmögliche, fundierte Entscheidungsgrundlage erstellt werden, in der die entscheidenden Zusammenhänge, die Ursachen, Chancen, Risiken, Maßnahmen und die möglichen

Folgewirkungen ganzheitlich dargestellt, analysiert und bewertet werden? Und sollten dabei nicht alle zur Verfügung stehenden Daten, Informationen und Erkenntnisse genutzt werden?

Aber auch hier scheint die Landesregierung ihren eigenen Weg gegangen zu sein. Laut Aussage vieler Betroffener wurde auf Basis eines 1.500 Seiten starken Kommentars des Wissenschaftsministeriums eine 4 seitige Exel- oder Wordtabelle mit 6 Spalten als Entscheidungsgrundlage erstellt (Download-Link: siehe unten). In der ersten Spalte wird der betroffene Bereich z.B. Hochschul-Medizin benannt, der in der zweiten Spalte in aller Kürze beschrieben wird. In der dritten Spalte werden die Handlungs-Alternativen kurz erläutert, in der vierten Spalte die dazugehörigen Umsetzungsschritte. In der fünften werden dann kurz und knapp mögliche Risiken und in der 6. Spalte das Votum des Ministerium genannt. So passt die Entscheidungsgrundlage für die Schließung der Hochschul-Medizin und für den Verkauf des Universitätsklinikums SH (UKSH) anscheinend auf knapp 4 Seiten mit überraschend wenig Text und Zahlen. In der Tabelle werden Zahlen und Einsparvolumen genannt, die nicht nachzuvollziehen sind. Es scheint also ein bisschen mehr als ein Bierdeckel-Format zu sein. Auf dieser Grundlage wurde angeblich beschlossen, den Medizinstudiengang in Lübeck zu schließen, um hierdurch mehr als 150 Mio. EUR innerhalb von 10 Jahren einsparen zu können.

Ob diese Einsparung überhaupt realisiert werden kann, dazu gibt zumindest das Papier keine abschließende Antwort. Man erhält eher den Eindruck, dass lediglich die momentanen Kosten des Medizinstudienganges in Lübeck mit dem Einsparpotential gleich gesetzt wurden, gleichgültig ob das betroffene, zu großen Teilen verbeamtete Personal überhaupt freigesetzt, das UKSH wie geplant verkauft bzw. die Gebäude-Infrastruktur anderweitig genutzt werden kann oder ob gar die für das UKSH gewährten Bundeszuschüssen bei Verkauf des UKSH anteilig in Millionenhöhe zurückgeführt werden müssten. Langfristige Aspekte wie die Abwanderungen von Unternehmen aus der Region, die angewiesen sind auf die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen Vorort, wurden in dieser Liste gar nicht betrachtet. Ebenso wenig wie die direkten und indirekten Arbeitsverluste in der Region durch weniger Unternehmensansiedlungen, weniger Neugründungen und geringere F&E-Aktivitäten. Das UKSH als einer der größten Arbeitgeber in SH beschäftigt zudem diverse Dienstleister in der Region mit Aufträgen und trägt somit maßgeblich zur Wertschöpfung und zum Steueraufkommen in der Region bei. Auch diese Dienstleister wären vom Verkauf des UKSH bzw. von der Schließung des Medizinstudiengangs in Lübeck direkt betroffen. Und nicht zu vergessen, die über 1500 Studenten, die Jahr für Jahr zur Wertschöpfung in der Region indirekt beitragen.

Wie man sehen kann, ist die Entscheidungsgrundlage komplexer als dass sie auf einen Bierdeckel passt. Es müssen alle möglichen Auswirkungen sorgfältig analysiert und berücksichtigt werden. Und selbstverständlich müssen diese durchgerechnet werden, um eine Entscheidung treffen zu können. Offensichtlich hat die Kommission dies nicht getan. Wie eine regionale Online-Zeitung berichtete (siehe unter: <http://www.hl-live.de/aktuell/text.php?id=61974>), stellte der Wirtschaftsminister SH sich der Diskussion mit Mitarbeitern der Uni-Klinik und Studenten und bestätigte dabei, dass die Sparkommission noch nicht einmal nachgerechnet hat, wie sich die Einsparungen auf den Landeshaushalt auswirken, zum Beispiel bisher eingeworbene Drittmittel, Einkommensteuer und wegbrechende Gewerbesteuer. Laut der Online-Zeitung verwies der Minister in diesem Zusammenhang nur auf die o.g. vierseitige Untersuchung, die in der Kommission angefertigt wurde (zu finden unter: <http://www.luebeck-kaempft.de/wordpress/wp-content/uploads/2010/06/hsk1.pdf>)

Darf man so fahrlässig mit der Zukunft des Landes umgehen?

Vernetztes Denken & Transparenz nicht erwünscht?!

Wir erstellten ein Modell mit Vertretern der Uni Lübeck, der IHK, der Stadt Lübeck und der Wirtschaftsförderung, um die Auswirkungen der geplanten Uni-Schließung aufzuzeigen und zu analysieren. Wir wollten der Landesregierung und der Haushaltsstrukturkommission die Folgewirkungen ihrer geplanten Maßnahme vor Augen führen und dabei deutlich machen, dass

die erhofften Einspar-Effekte nicht annähernd eintreten konnten. Das qualitative Modell wurde dabei innerhalb von nur 3 halbtägigen Workshops erstellt und analysiert. Bereits dieses Modell machte deutlich, dass die Maßnahme mittel- und langfristig kontraproduktiv wirken d.h. den Landeshaushalt zusätzlich belasten würde.

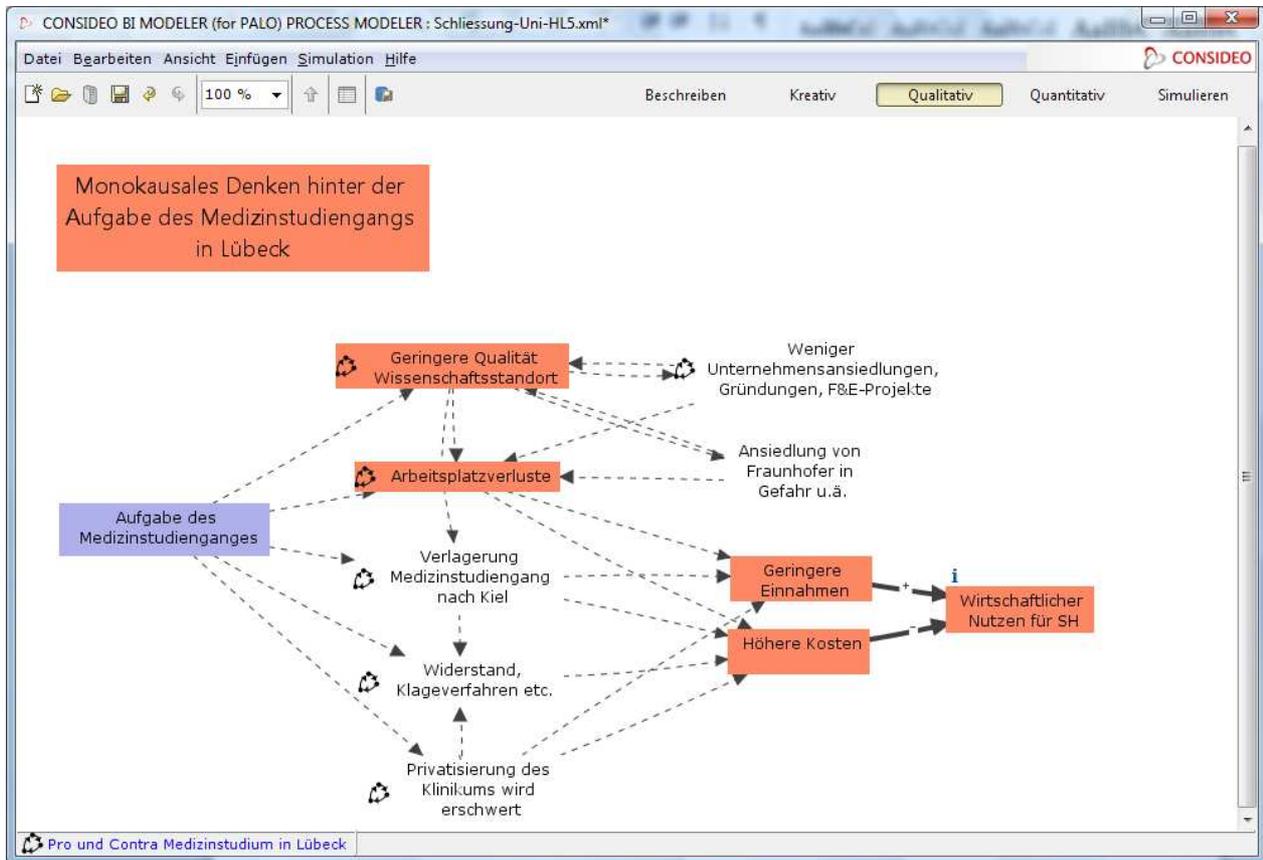


Abbildung 1: Oberste Ebene des Qualitativen Modells mit Submodellen, in denen die jeweiligen Themen detaillierter behandelt wurden.

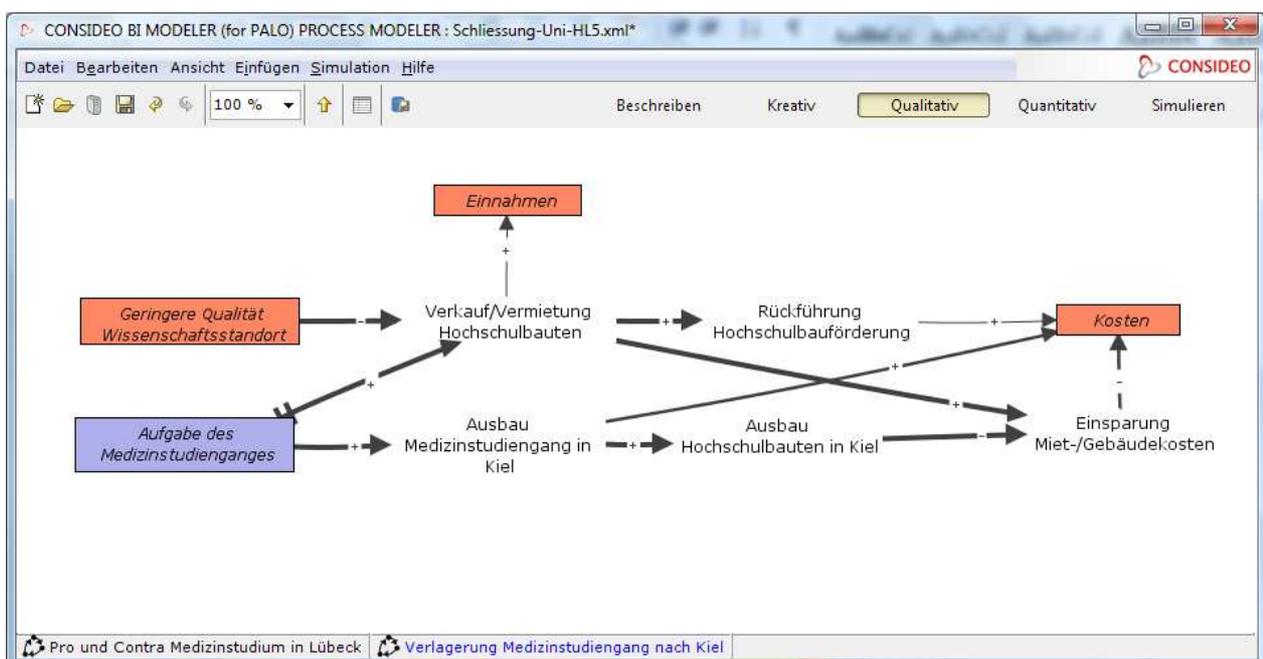


Abbildung 2: Submodell mit den Auswirkungen der notwendigen Verlagerung des Medizinstudiengangs nach Kiel.



Abbildung 3: Erkenntnis-Matrix mit den Wirkungsweisen der Faktoren/Maßnahmen

Zudem wurde das gesamte Modell quantifiziert (mit Zahlen und Daten hinterlegt), um verschiedene Was-wäre-wenn-Szenarien im Simulations-Cockpit durchführen zu können. In dem Modell konnten nun spielerisch die unterschiedlichen Annahmen getroffen und hinsichtlich ihrer Auswirkungen analysiert werden. Wir schufen hierdurch eine Transparenz, die aber niemand wollte! Unsere Angebote, sich an einem Tisch zu setzen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, blieben unbeantwortet.

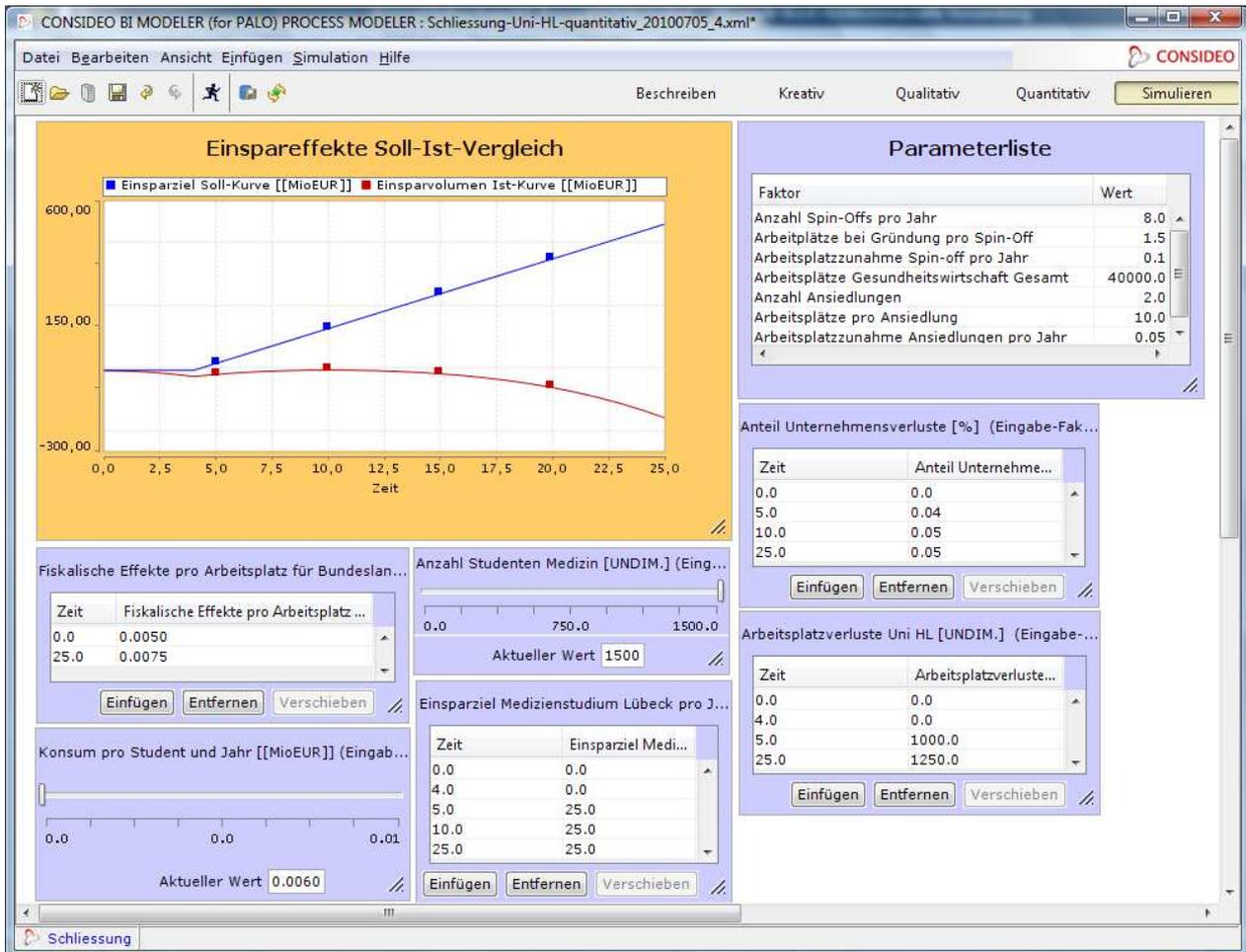


Abbildung 4: Simulationsmodell ergab, dass das Einsparziel (blaue Kurve) durch die Uni-Schließung nicht annähernd erreicht werden konnte.

Mut für unbequeme Entscheidungen statt Populismus?!

Dass eine Transparenz nicht gewünscht wurde, bestätigte sich auch bei der Diskussion von Alternativ-Vorschlägen. Dabei entstand der Eindruck, dass Lösungen, die zwar inhaltlich richtig aber politisch schwer durchzusetzen sind, schnell und ungeprüft verworfen werden. So wurde ein Lösungsvorschlag ins Gespräch gebracht, der die von der Landesregierung geforderte Einsparung in Höhe von 150 Mio. EUR innerhalb von 10 Jahre darstellen konnte. Mehr noch: es könnte dem Land mehr als 600 Mio. EUR innerhalb von 10 Jahren und mehr als 2 Milliarden EUR innerhalb von 25 Jahren einbringen. Die Idee ist nicht wirklich neu und gilt zudem noch als politisch höchst brisant. Es geht um das Thema Studiengebühren. Bevor nun alle danken, naja so toll ist das Konzept aber auch nicht, möchte ich entgegen, dass es nicht beabsichtigt war, ein ganzheitliches Konsolidierungskonzept zu erstellen, sondern lediglich einen Gegenvorschlag für die geplante Uni-Schließung anzuregen. Denn dies forderte Herr Kubicki von der Uni Lübeck. Sie sollte aufzeigen, wie die geforderte Summe an der Uni Lübeck eingespart werden könnte.

Ich bin der Meinung, dass Bildung einen enormen Standortvorteil darstellt und auf gar keinen Fall weggespart werden darf. Die damit verbundenen Auswirkungen wären verheerend. Also warum nicht völlig ergebnisoffen und frei von jeglicher Ideologie die Einführung von Studiengebühren in SH diskutieren. Was spricht denn wirklich dagegen? Ich habe dazu ein Modell erstellt (siehe Abbildung unten), um die Diskussion zu versachlichen. Viele fordern, dass Bildung grundsätzlich nichts kosten darf. Dies ist jedoch nicht realisierbar und entspricht auch nicht der Realität. Denn schon heute investiert jeder Student nach Kräften. Er verzichtet auf ein höheres Gehalt, in dem er nicht arbeiten sondern studieren geht. Diese

Opportunitätskosten sind nicht zu vernachlässigen und als indirekte Kosten anzusehen – ebenso die laufenden Lebenshaltungskosten, die in einigen Fällen auch über geförderte Kredite (BaFöG) bestritten werden. Jeder Student investiert also in seine Zukunft, in der Hoffnung, dass sich das Investment über ein zukünftig höheres Gehalt recht schnell amortisieren wird. Nun gehen wir mal davon aus, dass die Opportunitätskosten (Einkommensverluste) bei durchschnittlich 2 TEUR pro Monat liegen. Hinzukommt in einigen Fälle monatlich der rückzahlbare BaFöG-Anteil in Höhe von durchschnittlich 500 EUR. Geht man von einer durchschnittlichen Regelstudienzeit von 5 Jahren aus, so investiert jeder Student indirekt durchschnittlich ca. 150.000 EUR. Dies sollte man immer vor Augen haben, wenn man über Studiengebühren diskutiert, die natürlich SOZIAL AUSGEWOGEN (!!!) sein müssen. Die, die keine 500 EUR pro Semester aufbringen können, müssen zinslose Darlehen erhalten und müssen die Kredite auch erst dann zurückzahlen, wenn eine gewisse Gehaltshöhe erreicht worden ist etc.

Bleiben wir gerne bei den Studiengebühr in Höhe von 500 EUR pro Semester, die Mehrkosten in Höhe von insgesamt 6 TEUR würden dann noch nicht einmal 4 % von der gesamten Investitionssumme eines durchschnittlichen Studenten betragen! 500 EUR pro Semester wären umgerechnet etwa 80 EUR pro Monat bzw. 20 EUR pro Woche – nicht wenige Studenten geben wöchentlich mehr Geld aus für Party, Bier oder Zigaretten!

Mit der o.g. Förderung sozialbenachteiligter Personen kann ich zudem die Diskussion um Soziale Gerechtigkeit als Argument gegen Studiengebühren überhaupt nicht nachvollziehen. Momentan zahlen doch alle Steuerzahler und somit auch viele sog. sozialbenachteiligte Personen die Ausbildung der zukünftigen „Besser Verdienenden“, der Bäcker, die Putzfrau, der Lagerist, der Frisör und der Handwerker. Ist das Soziale Gerechtigkeit? Warum sollten also die zukünftig „Besser Verdienenden“ nicht ihren Anteil an den eigenen Ausbildungskosten direkt tragen? Denn nur sie profitieren direkt von der Ausbildung. Als Gegenargument nennen einige Besser-Verdienende, dass sie diesen Beitrag bereits über die höheren Steuern, die sie aufgrund des höheren Gehaltes zahlen müssen, leisten. Aber diese Steuer zahlen doch alle Besser-Verdienende, also auch die, die nicht studiert haben, oder?

Auch den mit der Einführung von Studiengebühren von vielen befürchtete Rückgang der Studierenden-Anzahl in SH ist schwer nachzuvollziehen. Da einige angrenzende Bundesländer ebenfalls Studiengebühren nehmen und die Lebenshaltungskosten in anderen Regionen (z.B. Hamburg) deutlich höher liegen als in SH, sind günstigere Alternativen für Studenten kaum gegeben. Zudem wird die Verdopplung der Abiturientenjahrgänge zu einer erhöhten Nachfrage nach Studienplätzen führen.

Es ist schon erstaunlich, warum gerade die hochverschuldeten Bundesländer sich den Luxus erlauben, keine Studiengebühren einzuführen bzw. diese wieder abzuschaffen. Letzteres ist leider nun gerade in Hamburg geschehen – natürlich ohne vorher konkret festzulegen, wie diese Mehrkosten dauerhaft gedeckelt werden sollen. Ich hätte mir stattdessen eine Bundesrats-Initiative gewünscht, um über eine bundesweite Einführung von Studiengebühren den Bildungsstandort Deutschland als entscheidenden Wettbewerbsvorteil voranzubringen. Denn dies ist dringend notwendig. Laut dem Bundesamt für Statistik sind derzeit über 2,2 Mio. Studenten registriert. Wir sprechen also über 2 Milliarden EUR pro Jahr bzw. über 20 Milliarden EUR in 10 Jahren – bei einer Studiengebühr in Höhe von 500 EUR pro Semester!

Studiengebühren sollten dabei natürlich nicht zum Stopfen irgendwelcher Haushaltslöcher genutzt werden, sondern zweckgebunden in den Ausbau der Hochschullandschaft fließen. Mit der Einführung von Studiengebühren wird auch ein Umdenken der Studenten eintreten. Die Erwartungshaltung an die Studieninhalte wird wachsen, ebenso der Qualitätsanspruch an die Dozenten.

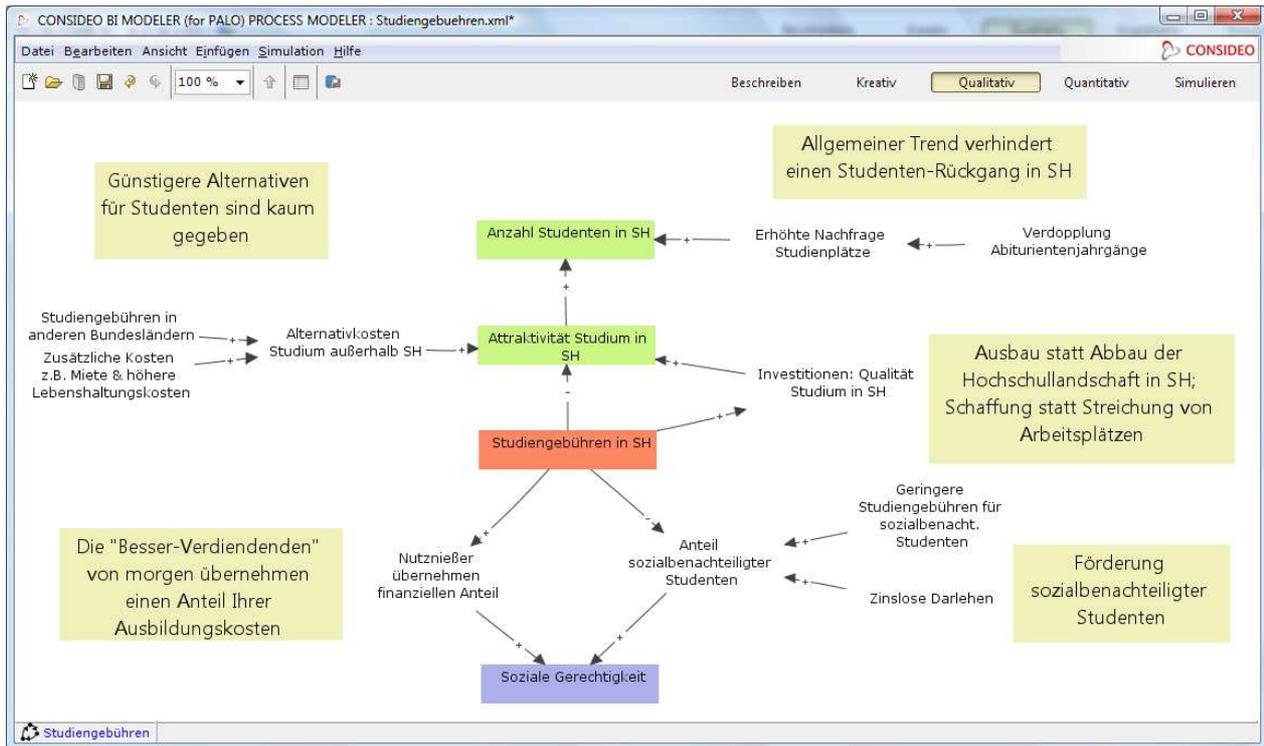


Abbildung 5: Ursache-Wirkungsmodell zur Einführung von Studiengebühren in SH

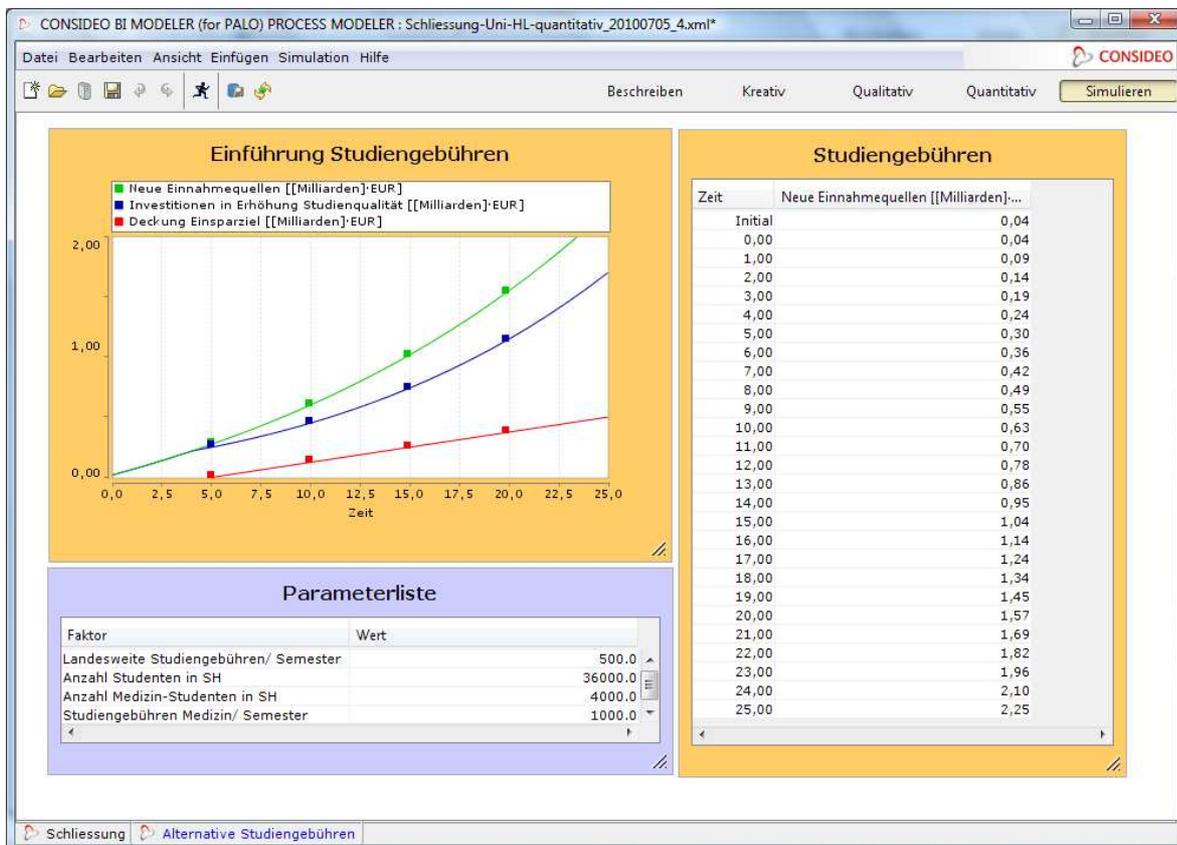


Abbildung 6: Simulationsmodell zur Einführung von Studiengebühren in SH

Dieses Modell zeigte ich einigen Regionalvertretern. Es herrschte große Einigkeit darin, dass diese Vorgehensweise mehr als sinnvoll ist. Jedoch wollte niemand dieses nach außen

kommunizieren, denn man würde dann die für die Region toll kämpfenden Studenten entmutigen und für den Widerstand verlieren.

(Natürlich weiß ich, dass ich mit dem o.g. Modell massive Kritik provisiere. Das ist auch gut so, denn genau dies ist meine Absicht, in dem ich meine Sichtweise transparent und vereinfacht darstelle. Stellen Sie gerne Ihre Kritik in unserem Forum ein. Ich werde diese in das Modell integrieren und dann gemeinsam hierüber diskutieren. Dabei werden Sie erleben, wie einfach es ist, anhand von Ursache-Wirkungsdiagrammen komplexe Sachverhalten abzubilden und zu analysieren. Ich freue mich hierauf.).

Aufrichtigkeit statt Rhetorik?!

Und nun kommen wir zum angeblichen „Happy-End“. Die vom Aus bedrohte Mediziner Ausbildung an der Universität Lübeck wurde gerettet. Sie bleibt dank der Hilfe des Bundes erhalten. Berlin wird sich künftig mit zusätzlichen ca. 25 Mio. Euro pro Jahr an der Finanzierung der Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein beteiligen, dies ist das Ergebnis längerer Verhandlungen zwischen Kiel und Berlin. (In diesem Fall von Happy-End zu sprechen, ist eigentlich ein wenig irreführend. Bessere wäre der Begriff Problemverschiebung, denn zahlen muss der Steuerzahler so oder so, egal ob der Bund oder das Land die Verschuldung vorantreibt!)

Die Freude über die Problemverschiebung im Lande wurde leider ein wenig getrübt durch den Versuch Kubickis, das mehr als fragliche Vorgehen (einige nennen es auch eigenes Versagen) als taktisches Meisterwerk verkaufen zu wollen. Denn folgt man Kubicki, dann stand die Uni-Schließung nie wirklich ernsthaft zur Debatte und somit nie auf der Kippe. Zudem war das drohende Aus für die Medizin in Lübeck ein vom Bund (!) verursachter Betriebsunfall. Herr Kubicki begründete dies in einem Interview mit den Lübecker Nachrichten (<http://www.in-online.de/artikel/2827886>; dort ist das Interview auch als Video zu sehen) mit einer vagen Zusage des Bundes, dass – falls Schleswig-Holstein dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zustimmt und Einnahmeverluste von 70 Millionen Euro im Jahr hinnimmt – der Bund das an anderer Stelle ausgleichen würde. Bereits im Dezember sei konkret über Kompensation im Bereich Wissenschaft und Forschung gesprochen worden, auch unter Nennung der Universität Lübeck. Laut Kubicki befanden sich unsere Landespolitiker in einer Zwickmühle. Sie mussten Sparmaßnahmen beschreiben, um das Verfassungsziel – keine neuen Schulden – zu erreichen und gleichzeitig durchsetzen, dass der Bund Wort hält. Mit anderen Worten, das Ganze wurde initiiert, um eine vage Zusage beim Bund einzufordern. Kubicki & Co. als kühne Strategen haben die Region also gerettet, oder?

Aber war es nicht die Landesregierung, die dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zugestimmt hat, obwohl damit hohe, nicht hinnehmbare Einnahmeverluste für das Land SH verbunden waren? Und war sie es nicht, die sich dabei mit vagen Zusagen abspeisen ließ? Es waren also anscheinend Fehler der Landesregierung, die dann zu noch größeren Fehlern führten, die nicht notwendig waren, denn ich kann und will mir nicht vorstellen, dass Schwarz-Gelbe-Regierungen in Kiel und Berlin nicht vernünftig miteinander kommunizieren und derartige Herausforderungen nur auf der beschriebenen Art und Weise lösen können. Falls doch, hätten wir ein noch viel größeres Problem in unserer politischen Kultur in Deutschland als vielerorts eh schon befürchtet und angenommen wird.

So wie sich Dinge für Außenstehende darstellten, steht unsere Landesregierung für eine beispiellose Verkettung von Fehlentscheidungen und Missmanagement, die sich hoffentlich sobald nicht wiederholen wird. Vorausgesetzt wir ziehen alle unsere Lehren aus den Vorkommnissen und fordern einen anderen Politikstil von unseren Politikern und honorieren dies bei den anstehenden Wahlen! Wir Wähler sind dabei gefordert, einen Paradigma-Wechsel zu bewirken. Wie der zukünftige Politikstil aussehen könnte, dazu gibt der folgende Abschnitt erste Anregungen.

3. Der neue Politikstil

Im Grunde genommen haben wir den neuen Politikstil bereits vorgestellt. Es geht darum,

- Bürger und Interessensgruppen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen – (Partizipation statt Basta-Politik)
- nach den besten Lösungen zu suchen und seine eigene Ziele dem Allgemeinwohl unterzuordnen (Altruismus & Ideologie statt Egoismus & Seilschaften)
- Transparenz zu schaffen und offen zu kommunizieren (Aufrichtigkeit statt Rhetorik)
- den Mut zu haben, auch unbequeme Themen anzusprechen, anstatt dauernd nach dem Wind zu segeln (ergebnisoffene Diskussion statt Populismus)
- die politische Diskussion zu versachlichen (wer polarisiert, hat nichts dazugelernt!)
- die Herausforderung ganzheitlich und unvoreingenommen zu analysieren, Risiken und Chancen zu berücksichtigen, Erkenntnisse zu gewinnen und Maßnahmen zu erproben, zu vergleichen und zu bewerten (Vernetztes Denken statt Bierdeckelformate)
- standhaft zu bleiben - auch bei starkem Gegenwind, es sei denn, dass sich die Rahmenbedingungen seit der Entscheidungsfindung gravierend verändert haben (Denker und Macher statt Umfaller).

Bei all den vorgenannten Punkten kommt der Kommunikation die entscheidende Rolle zu. Wie können komplizierte und komplexe Sachverhalte nicht nur ganzheitlich analysiert sondern auch einfach und nachvollziehbar dargestellt und kommuniziert werden? Ein Bild sagt bekanntlich mehr als 1000 Worte. Die Politik sollte daher mehr Ursache-Wirkungsgrafiken (sog. Modelle) nutzen, um die entscheidenden Zusammenhänge, mögliche Auswirkungen, Sichtweisen, Positionen und Entscheidungen sehr einfach und nachvollziehbar darzustellen – mit der Folge, dass die Akzeptanz für und das Vertrauen in die getroffenen Entscheidungen bei der Bevölkerung steigen werden (siehe Grafik unten).

Die Veröffentlichung von Ursache-Wirkungsmodellen z.B. als „animierte“ Online-Publikationen bietet gegenüber anderen Berichtsformen (z.B. Programm- /Positionspapiere) die Vorteile, interessanter, zugänglicher, verständlicher und nachvollziehbarer (man erhält die bisher berücksichtigten Einflussfaktoren, Zusammenhänge und Argumentationsketten mit den jeweiligen Hintergrundinformationen direkt vor Augen geführt) und interaktiver zu sein. Umfangreiche, seitenstarke Programm- und Positionspapiere werden ungern gelesen, sind nicht interaktiv, bieten keine Möglichkeit zum Mitmachen und wecken auch kein Interesse in der breiten Öffentlichkeit. Dies schaffen hingegen Online-gestellte, „animierte“ 2-D-Modelle. So könnte z.B. jeder, der das Modell öffnet, dieses auch gleich kommentieren – oder gar im Rahmen eines Online-Partizipationsprozesses auch zeitgleich mit anderen Teilnehmern bearbeiten! U.a. ermöglicht dies unser iMODELER (www.imodeler.net) – das App für Vernetztes Denken und Komplexitätsmanagement!

Durch die Gestensteuerung, die Spracheingabe sowie der automatischen Modellgestaltung (Positionierung/Anordnung von Faktoren und Verbindungen) des iMODELERs bringt die Auseinandersetzung mit dem Modell Spaß, motiviert zum Mitmachen und regt hierüber zum Nachdenken bzw. Weiterentwickeln eigener Beiträge im Sinne einer Bürger-Partizipation an.

Umfangreiche Papierstudien, Programm- oder Positionspapiere gehören damit der Vergangenheit an und können lediglich als Ergänzung dienen. Nur die ewig Gestrigen werden an diesen Methoden des vergangenen Jahrhunderts/Jahrtausends festhalten. Junge, innovative Politiker werden hingegen die Chancen des neuen Politikstils und der neuen Medien erkennen und diese(n) aufgreifen. Diese werden dazu beitragen, unsere großen Herausforderungen ganzheitlich zu lösen. Sie werden glänzen durch sachlich geführte Diskurse anhand von nachvollziehbaren Ursache-Wirkungsdiagrammen und nur die ewig Gestrigen werden sich weiterhin in den Talkshows oder sonstigen Medien eine rhetorische Schlacht der Argumente liefern, die eigentlich niemand mehr hören möchte und somit lediglich weiter zum Politikverdross beitragen wird. Nur die ewig Gestrigen werden ihr eigenes Verhalten nicht hinterfragen und weiterhin durch Polarisierung und Populismus auf Stimmenfang gehen. Die innovative Kraft in der Politik wird hingegen die Bevölkerung durch eine Partizipation in die

Entscheidungsprozesse einbeziehen, Vertrauen schaffen und völlig frei von parteipolitischem Kalkül handeln zum Wohle der Gesellschaft.

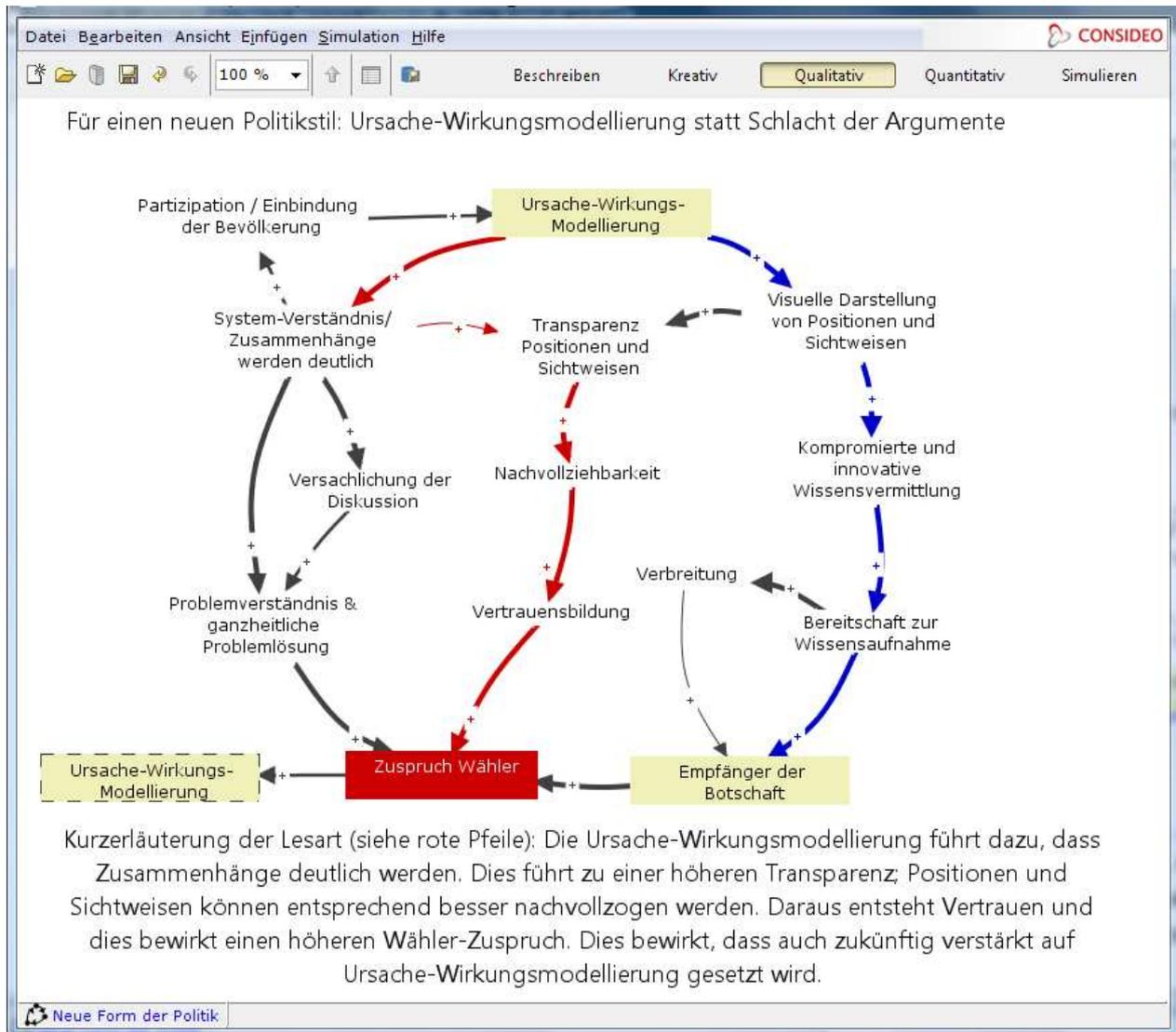


Abbildung 7: Ursache-Wirkungsmodell statt Schlacht der Argumente

Sicherlich wird die hier beschriebene Vision insbesondere von den ewig Gestrigen belächelt werden. Aber dies liegt in der Natur der Sache und sollte uns nicht weiter stören. Ich bin überzeugt davon, dass eine bestehende oder neue Partei als neue Kraft diesen Weg über kurz oder lang einschlagen wird. Die GRÜNEN haben vor 30 Jahren erfolgreich gezeigt, dass ein Wandel in der Politik möglich ist (auch sie wurden am Anfang belächelt!). Warum sollte dies nicht noch einmal gelingen? Wir würden die neue Kraft gerne nach Kräften unterstützen für eine bessere, systemische Politik zum Wohle aller.